



Braunschweig, 04. Juli 2008

Kein Atommüllendlager Asse II Die Region Braunschweig – das Atomklo der Republik

Die dem Bundesforschungsministerium unterstellte Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF) plant, das nicht weit von Braunschweig entfernte Atommülllager Asse II¹ 2011 mit der Salzlösung Magnesiumchlorid zu fluten. Der Großteil der über 125.000 eingelagerten Fässer, die dort 1967-78 zu „Forschungszwecken“ versenkt wurden, würden sich dadurch nach Meinung von Expert/innen innerhalb von 10-15 Jahren vollständig auflösen. Durch entstehende Gase wie Methan und Kohlendioxid würde Grund- und Oberflächenwasser der benachbarten Regionen radioaktiv verseucht.

Im Januar 2007 ist ein GSF-Antrag auf Flutung der Asse beim Landesbergamt in Clausthal-Zellerfeld eingegangen, der im März 2007 von der Behörde zur Überarbeitung zurückgewiesen worden ist. Das Niedersächsische Umweltministerium will nun offenbar bis 2009 einen „schön gerechneten“ Langzeitsicherheitsnachweis ausarbeiten, bei dem der aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik keine Berücksichtigung findet. Dass die Flutung nach Bergrecht genehmigt werden soll, ist ein weiterer Trick, um die mit einer Genehmigung nach Atomrecht eingehenden Auflagen (Sicherheitsbestimmungen, rechtlich verbindliche Öffentlichkeitsbeteiligung und Akteneinsichten etc) zu umgehen.



Der Landkreis Göttingen hat sich im Mai 2007 bereits gegen die Flutung des Endlagers ausgesprochen und andere Kommunen in der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen informiert.

Im Juni 2008 ist herausgekommen, dass der Atommüll offenbar schon teilweise von der Lauge umspült wird: Ein Teil der aufgefangenen Lauge ist seit Anfang der 90er Jahre mit radioaktivem Cäsium, Tritium, Strontium und Plutonium belastet und wurde illegal in die Tiefen des Bergwerks verklappt, ohne dass die A-

¹ In Asse II lagern laut GSF (neben chemischen toxischen Stoffen) 102t Uran, 87t Thorium, 11,6kg Plutonium und Radium. Die gesamte Strahlungsaktivität gibt die GSF mit beträchtlichen 83.300 Curie an.

tomaufsicht, das Niedersächsische Umweltministerium, etwas davon gewusst haben will.

Das Sicherheitsversprechen, das 1 Million Jahre halten sollte, wurde nach nur 0 Jahren von der Realität überholt. Es zeigt sich anschaulich, dass es kein sicheres Endlager gibt. Der Bevölkerung wurde jahrelang wider besseren Wissens Sicherheit vorgegaukelt. Der bisherige Umgang mit Atommüll und dessen Lagerung zeigt deutlich, wie notwendig der Widerstand gegen Atomkraftwerke, Atommülltransporte und deren Auswirkungen ist.

Szenarien für Braunschweig

Für Braunschweig geht die größte Gefahr von einer Verseuchung des Grundwassers aus. Über Grundwasserströmungen und die Ausbreitung radioaktiver Schadstoffe darin ist wenig bekannt. Hydrologische, hydromechanische und hydrochemische Prozesse sind komplex, weil es große zeitliche Schwankungen des Grundwasserspiegels gibt. Es existieren mehrere Grundwasserhorizonte, die in der Regel miteinander in Verbindung stehen. Alle bisherigen Flutungsexperimente zeigen, dass früher oder später Kontakt zu den Grundwasserleitern auftritt.



Es ist bekannt, dass Trink- und Bewässerungswasser aus den höheren und Mineralwasser aus den tiefer gelegenen Grundwasserleiter (Aquiferen) gewonnen wird. Gemessene Fließgeschwindigkeiten des Grundwassers liegen zwischen 1m/pro Tag und mehreren Kilometern pro Tag. Selbst, wenn von einer minimalen Fließgeschwindigkeit von 1m/Tag ausgegangen wird, kann eine Kontamination innerhalb von 100 Jahren ca. 40 km weiter getragen werden. In dieser Zeit ist die Aktivität der langlebigen und gefährlichen Radionuklide unverändert.

Die Bedrohung des Grundwassers als Trinkwasserressource wird deutlich, wenn bedacht wird, dass z.B. 1 Gramm Plutonium (das Volumen eines Stecknadelkopfes) 100 Millionen Liter Wasser radioaktiv verseuchen kann. Gegen radioaktive Verseuchung sind auch die besten Verfahren der Wasseraufbereitung machtlos.

Falls das oben genannte Flutungskonzept verwirklicht wird, muss die langzeitliche Entwicklung und die irreversible Qualitätsveränderung der Trinkwasserressourcen und die Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen mit großer Sorge betrachtet werden.

Die nachfolgenden Szenarien könnten eintreten. Es gilt, Sie wissenschaftlich mit allen bekannten Parametern der geologischen Situation in der Region zu prüfen. Nur so kann sichergestellt werden,

Szenario 1

Lösungsaustritt bei noch vorgesehener Flutung der Asse im Jahr 2011

Ein Großteil der mit leicht- und mittelradioaktivem Abfall versehen Fässer werden sich laut Betreiber sich nah 10-15 Jahren komplett auflösen. Auslaugungsprozesse beginnen sofort nach der Flutung des Atommülls und verseuchen damit die Salzlauge. Laut Betreiber werden im Jahr 2030 ca. 4000 Liter Salzlauge pro Tag

aus dem Berg gepresst und müssen entsorgt werden. Wohin mit diesen ver-seuchten Salzlaugemengen?

Der Lösungsaustritt erreicht angeblich erst in 1000 bis 3000 Jahre das Grund-wasser. Mit der Verseuchung von Grundwasser beginnt die direkte Gefährdung für Braunschweig. Grundwasser hat auch eine Fließrichtung, die parallel zu den Flüssen von der Asse in Richtung Wolfenbüttel und Braunschweig erfolgen.

Szenario 2

Gasaustritte bei noch vorgesehener Flutung der Asse im Jahr 2011

Nach Angaben des Bundesamtes für Strahlenschutz besteht die Gefahr von Gas-austritten aus dem Untergrund. Die Flutung der mit leicht- und mittelradioakti-vem Abfall versehenen Fässern führen zu chemischen Prozessen, bei denen auch Gas-e entstehen. Darüber hinaus führen Bergbewegungen dazu, dass die Salzlauge auch mit anderen Gesteinen in Kontakt tritt, die chemische Reaktionen und damit Gasbildungen nicht ausschließen. Nach ca. 150 Jahren könnten diese Prozesse sich so verstärken, dass radioaktiv veränderte Gase auch an die Oberfläche ge-langen. Damit erreichen sie zum einen das Grundwasser, das aufgrund seiner Störungen in Richtung Wolfenbüttel und Braunschweig eine Gefahr für die Städte in ca. 200 Jahren darstellen kann. Abgesehen davon wird ein solcher Prozess da-zu führen, dass keine landwirtschaftliche Produktion und Besiedlung des Gebie-tes mehr möglich ist.



Szenario 3

Massiver Wassereintritt in der Asse und Gebirgsbruch

Das Bundesumweltministerium, das Niedersächsische Umweltministerium und das Bundesforschungsministerium haben in ihrer gemeinsamen Erklärung vom 21.11.2007 festgestellt, dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich Was-sereintritte in der Asse erheblich vergrößern. Dann würde sich Carnallit-Salz großflächig auflösen. Der stetig ansteigende Salzwasserspiegel könnte die ober-tägigen Schachtanlagen somit in einen radioaktiven Salzsee verwandeln.

Wenn durch die Gebirgsbrüche Radioaktivität in die Altenau gelangen würde, die in die Oker fließt, wäre Braunschweig kurzfristig von einer radioaktiven Kontami-nation betroffen.

Derzeit wird geprüft, wie die Stabilität des Bergwerkes erhöht werden kann, um Gebirgsbewegungen zu verlangsamen, die einen massiven Wassereintritt ver-ursachen können. Der Prozess kann nur verlangsamt, nicht aber gestoppt wer-den!

Resolutionen der Umlandkreise

Die oben genannten Gefahren und Szenarien haben die Braunschweiger Umlandkreise wachgerüttelt und zu klaren politischen Stellungnahmen der Kreistage geführt. Die aufgeführten Szenarien zeigen, dass die Gefahr nicht an Braunschweigs Stadtgrenze Halt macht.

Der Landkreis Wolfenbüttel, die Stadt Bad Harzburg, der Landkreis Göttingen haben nachfolgende Resolutionen einstimmig (!) verabschiedet.

Wolfenbüttel (Drucksache Nr. XV-738a vom 9.1.2006)

"Der Kreistag des Landkreises Wolfenbüttel sowie die Räte der Samtgemeinden Asse und Schöppenstedt verabschieden die nachfolgende Resolution zur Schließung der Schachanlage Asse II in Remlingen:

- Ziel ist, die Belastungen für die Bevölkerung und die Umwelt zu minimieren. Durch eine unverzügliche Erarbeitung eines Optionsvergleichs und eine zügige Erstellung eines Abschlussbetriebsplanes sowie die Beschränkung der vorab durchzuführenden Maßnahmen auf das notwendige Maß ist sicherzustellen, dass vor der Genehmigung des Abschlussbetriebsplanes keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden.
- Es ist gutachterlich umfassend zu untersuchen, wie und wo die in der Asse eingelagerten radioaktiven Abfälle langfristig und sicher zu entsorgen sind. In verschiedenen Veranstaltungen ist von allen Beteiligten zugesagt worden, dass das bergrechtliche Genehmigungsverfahren für den Abschlussbetriebsplan auf freiwilliger Basis so ergänzt werden soll, dass es materiell einem atomrechtlichen Verfahren entspricht. Diese Zusage ist vor Beginn des Verfahrens zwischen allen Beteiligten schriftlich zu vereinbaren, andernfalls wird gefordert, die Schließung der Asse II nach Atomrecht durchzuführen.
- Es ist zu gewährleisten, dass langfristig alle relevanten Parameter im Bereich der Schachanlage sowie in der Umgebung gemessen werden, um die chemischen und physikalischen Veränderungsprozesse rechtzeitig erfassen zu können.
- Die Bundesrepublik Deutschland wird aufgefordert, das Endlager auf Dauer zu betreiben und auf der Schachanlage Asse II eine Informationsstelle einzurichten, um die Bevölkerung auch nach der Schließung des Bergwerkes über die Einlagerung von radioaktiven Stoffen zu informieren."

Göttingen (Drucksache B0025/2007, Antrag vom 14.02.2007)

1. Im Rahmen seiner Vorsorgepflicht wendet sich der Landkreis Göttingen gegen das Verfüllungs- und Flutungskonzept des Atommüllendlagers Asse II, da mit diesem Konzept das Risiko einer radioaktiven Verseuchung von Luft, Wasser und Boden und damit eine erhebliche Gesundheitsbeeinträchtigung der Einwohner/innen im Landkreis Göttingen, im Regionalverband Südniedersachsen sowie in der Metropolregion Hannover – Braunschweig – Göttingen verbunden ist. Gleichzeitig schließt er sich der Resolution (siehe Anlage an), die der Wolfenbüttler Kreistag in seiner Sitzung am 20. März 2006 zur Schließung der Schachanlage Asse II im Remlingen verabschiedet hat.
2. Im Rahmen der Kreisgrenzen übergreifender Zusammenarbeit im Regionalverband Südniedersachsen e.V. sind die Kommunalen Mitglieder des Regionalverbandes von Beschluss 1 und von der Begründung zu unterrichten.
3. Die in der Metropolregion Hannover – Braunschweig – Göttingen eingebundenen Partner sind vom Beschluss 1. und von der Begründung zu unterrichten.

Bad Harzburg

1. Im Rahmen seiner Vorsorgepflicht wendet sich die Stadt Bad Harzburg gegen das Verfüllungs- und Flutungskonzept des Atommüllendlagers Asse II, d mit diesem Konzept das Risiko einer radioaktiven Verseuchung von Luft,

Wasser und Boden und damit eine erhebliche Gesundheitsbeeinträchtigung der EinwohnerInnen in der Stadt Bad Harzburg, im Landkreis Goslar, im Zweckverband Großraum Braunschweig sowie in der Metropolenregion Hannover – Braunschweig – Göttingen verbunden ist. Gleichzeitig schließt sie sich der Resolution (siehe Wolfenbüttel) an, die der Wolfenbüttler Kreistag in seiner Sitzung am 20. März 2006 zur Schließung der Schachanlage Asse II in Remlingen verabschiedet hat.

2. Im Rahmen der Stadt- und Kreisgrenzen übergreifender Zusammenarbeit im Zweckverband Großraum Braunschweig ist die Verbandsversammlung vom Beschluss zu 1. und von der Begründung zu unterrichten.
3. Die in der Metropolenregion Hannover – Braunschweig – Göttingen eingebundenen Partner sind vom Beschluss zu 1. und von der Begründung zu unterrichten.

Keine Stimme aus Braunschweig

Der Rat der Stadt Braunschweig hat keine Resolution verabschiedet. Vor dem Hintergrund von Gründungsdebatten für eine Großregion, die droht zum „Atomklo“ der Republik mit den Atomendlagern Schacht Konrad, Asse II und Morsleben zu werden, ist das ein Armutszeugnis!

Die Stadt Braunschweig war Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad und hat sich damit aktiv gegen die Endlagerung von Atommüll vor ihrer Haustür gewehrt. Zur Sitzung des Verwaltungsausschusses am 17. Februar 1998 hatte die SPD folgenden Antrag eingebracht:

„Die Verwaltung wird gebeten, Partnergemeinden zu finden (denkbar z.B. Salzgitter, Wolfenbüttel (Stadt und Landkreis), Hannover, Seelze, Peine, Vechelde, Lengede und Edemissen), um gemeinsam einen Anwalt zu beauftragen, eine Klage gegen eine Planfeststellung für Schacht Konrad als atomares Endlager zu führen, um die im Planfeststellungsverfahren vorgetragenen Bedenken und Widersprüche gegen das Endlager durchzusetzen.“

Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 11. Juni 2002 auf Bestreben des damals neuen Oberbürgermeisters Dr. Gert Hoffmann mit knapper Mehrheit beschlossen: „Der Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 17. Februar 1998 (TOP Nr. 5.2) wird aufgehoben. Gegen den Planfeststellungsbeschluss zur Errichtung und zum Betrieb eines atomaren Endlagers Schacht Konrad wird die Stadt Braunschweig eine Klage nicht erheben.“

Das Engagement gegen die Endlagerung von Atommüll in der Region war von Seiten des Rats der Stadt Braunschweig bisher gering. Die BIBS-Fraktion fordert den Rat der Stadt Braunschweig auf, die Solidarität mit den Umlandgemeinden zu bekunden und sich auch im Rahmen seiner Vorsorgepflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt der Wolfenbüttler Resolution anzuschließen. Die BIBS-Fraktion strebt dazu in der Ratssitzung am 08. Juli 2008 einen entsprechenden interfraktionellen Antrag an.